Antrag





LANDTAGSKLUB TIROL Eduard-Wallnöfer-Platz 3 A-6020 Innsbruck

Tel: +43 512 5083082 Fax: +43 512 5083085 Email: landtagsklub@tirol.gv.at

www.fpoe.tirol

des FPÖ Landtagsklub bzw. der Abgeordneten KO Markus Abwerzger, KO -Stv. Evelyn Achhorner, Alexander Gamper, Patrick Haslwanter und Christofer Ranzmaier

Anreize für Medizinstudierende zum Tätigwerden in Österreich

Der Tiroler Landtag wolle beschließen:

"Die Tiroler Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, Fördermöglichkeiten für Medizinstudierende, die sich dazu verpflichten, nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss in Österreich im öffentlichen Versorgungssystem tätig zu werden, unter Einbindung der Sozialversicherungsträger und der Ärztekammer, zu prüfen."

Begründung:

Die Ausbildung zum Arzt dauert in Österreich zwischen zehn und zwölf Jahren. Nach dem sechsjährigen Studium werden Allgemeinmediziner vier und Fachärzte sechs weitere Jahre fachspezifisch ausgebildet.

Um nachhaltig die Versorgungssicherheit in Österreich und insbesondere in Tirol sicherzustellen, sollen von der Bundesregierung Anreize geschaffen werden, um die Studierenden an den heimischen Medizinuniversitäten auch nach erfolgreichem Abschluss im öffentlichen Versorgungssystem zu halten. Eine Möglichkeit wäre ein entsprechendes Stipendium während der Studienzeit. Dabei sollen sich angehende Medizinerinnen und Mediziner bereits während der Ausbildung dazu verpflichten, mehrere Jahre in Österreich versorgungswirksam tätig zu werden.

Darüber hinaus wird angeregt, sich mit der Europäischen Union auf eine neue Quotenregelung bei den Medizinstudienplätzen in Österreich zu einigen. Derzeit sind nur drei Viertel für Österreicherinnen und Österreicher reserviert, 20 Prozent sind für EU-Bürger und fünf Prozent für Drittstaatsangehörige vorgesehen. In Anbetracht des drohenden Versorgungsengpasses soll die geltende Quotenregelung überdacht werden.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten, Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport; Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales

Innsbruck, Jänner 2021

